

8 Fluchten und Fronten

Das *Interesse* am Staat schwindet – die Seele steht nicht mehr auf der Tagesordnung, seitdem sich Tod und Teufel aus dem politischen Alltag verabschiedet haben. Verloren geht dieses Interesse, sobald erkennbar wird, dass Regierende nur noch um sich selbst kreisen und ihren Schutzbefehlen nicht helfen können, ja nicht einmal wollen. Das halten die Nichtmehr-Regierten für eine Zumutung: »Is it too much to ask the government to actually do the governing?«¹ Ein Engländer fragt sich das, weil er das Gefühl hat, seine Regierung verweigere ihm rundweg den gewohnten Dienst – ein Moment der Entrüstung *und* Aufklärung, macht doch »die »Gewohnheit« das »unsichtbar, worauf unsere ganze Existenz beruht« – sie »ist zur andern Natur geworden, und man denkt nicht gerade nach, wie dies erst die Wirkung besonderer Institutionen sei. Durch die Gewalt, meint die Vorstellung oft, hänge der Staat zusammen; aber das Haltende ist allein das Grundgefühl der Ordnung, das alle haben.« (Hegel 1986, 414)

Verliert sich dieses Gefühl, »verabschieden« sich die Leute. Schulen, Kirchen und Wahllokale sind jedenfalls keine Orte mehr, deren Besuch anhängliche Bürger produzieren würde. Einige tauchen ins private Leben ab, andere machen das öffentliche unsicher. Welche Form die »Politikverdrossenheit« annimmt, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Stufe der Gesellschaftspyramide erfasst wird. Kleine Fluchten enden im Branntwein oder auf den Cayman Inseln. Wer dem Staat Paroli bieten will, mag ihn wie einen ganz gewöhnlichen Verbrecher verklagen; einfachen Leuten steht dieser Weg zwar kaum jemals offen, dafür können sie, in ihrer Eigenschaft als Stimmbürger, staatstragende Agenten (Politiker, Parteien)

1 | www.bbc.co.uk/blogs/haveyoursay/2010/07/how_should_you_contribute_to_s.html

durch »populistische« Freunde und Helden des Volkes ersetzen. Die es aber gar nicht mehr aushalten, werden versuchen, das komplette »System« lahmzulegen, indem sie seine empfindlichste Stelle attackieren – *Occupy Wall Street* heißt dann der Schlachtruf. Alle diese Initiativen haben etwas gemein: eine teils theoretische, teils praktische Rücksichtslosigkeit. Den Status quo akzeptieren sie – vorübergehend wenigstens – nicht mehr als Argument (Luhmann 1968). Ihnen das vorzuwerfen, geht deswegen an der Sache vorbei, weil in ihrem Fall Respekt identisch wäre mit Resignation.

8.1 PROTESTTHEATER

Occupy (»Wall Street«) war ein Projekt, das sein Dilemma, den Ausstieg (*exit*) zu wollen, diesen Wunsch aber nur symbolisch kundmachen zu können, dadurch lösen wollte, dass es, kurz gefasst, *voice* (Protest) in *noise* (Rauschen) verwandelt hat – für die Beobachter zumindest, deren Commonsense nicht ausgereicht hat, um zu verstehen, was da vor sich gegangen ist. Vertraut waren ihnen andere Formen, im Kollektiv Unbehagen auszudrücken, und *Occupy* schlug über alle gewohnten Stränge: geordnete Demonstrationen mit kilometerlangen Umzügen, machtvollen Kundgebungen, schneidigen Parolen und pathetischen Anführern, die geschäftig Grußtelegramme verlesen und geduldig darauf warten, am Regierungssitz vorgelassen zu werden. Diese Usancen locken keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Und keinen Kirchenfürsten hinter der Kanzel – was *Occupy* immerhin geschafft hat: »Dass er sich für die Tobin-Steuer auf finanzielle Transaktionen ausgesprochen hat, mag dem Erzbischof von Canterbury Sympathien unter den antikapitalistischen ›Occupy London‹-Demonstranten eingebracht haben, doch im Finanzministerium wird er damit Schrecken verbreiten.« (Daily Mail, 02.11.2011) Dem Bischof gefällt das Bewege an der Bewegung, er will es nutzen, um loszuwerden, was ihm am Herzen liegt: »A credible change in the financial world.« Ohne Schützenhilfe wäre ein Weckruf aus Canterbury umgehend verhallt; so aber hat er sein Publikum und die Kirche ihre Ruhe gefunden – etwas war ›vollbracht‹, auch wenn sich nichts ändern würde.

Allgemeiner gesagt: Der Zuccotti-Park war schnell ein symbolischer Ort geworden, an dem vergessene Projekte oder verbrannte Parolen abgeladen werden konnten, mit der mehr oder minder vagen Hoffnung ver-

bunden, dass der geborgte Schwung dem eigenen Anliegen Flügel verleihen würde. Recht schnell begann sich die Dynamik sogar umzudrehen, und die Parasiten brachten den ›Wirt‹ in Bedrängnis: »Wenn bedeutende Demokraten wie Bill Clinton die Demonstration an der Wall Street [...] würdigen (und der Bewegung dann raten, Obama zu wählen)«, dann, mahnt eine besorgte Aktivistin, »muss die Linke nachziehen und alles aufbieten.« (Ann Taylor in: Blumenkranz u. a. 2011, 84) Aber wohin und was? Das Handbuch zur Bewegung benötigt 500 Seiten, um darauf die Antwort schuldig zu bleiben (Byrne 2012).

Allerdings hatten die Besetzer so auch nicht gewettet, sollten doch gerade keine spezifischen Sünden angeprangert und keine konkreten Gebote aufgestellt werden – »außerhalb der klassischen Semantik von Forderungen und Vorschlägen« würde das Projekt Fahrt aufnehmen (Sitrin 2011, 61). Eigentlich kann man sagen: Es wurde nichts verlangt und nichts verbessert – außer allem. So lange »alles« in Schweigen gehüllt war, mochte das angehen, aber sobald die Bewegung ihren Mund aufgemacht hat, ist deutlich geworden, dass sie ihn wohl besser gehalten hätte, so wirr fiel der Forderungskatalog aus: Verstaatlicht alle Banken! Aufbau einer internationalen digitalen Bibliothek. Kostenlose Fahrräder für alle. Verstaatlicht alle Samen- und Eizellenbanken! Nie wieder Arbeitsessen! Oder aber und die Bewegung an ihr logisches Ende führend: Besetzt alles! (Blumenkranz 2011, 88 f.) Erkennbar freischwebende Ideen, Gelegenheitsprodukte »ohne Substanz und ohne funktionelle Bindung, ohne feste Führung, ohne Konklusion und ohne Definition, ohne Entscheidung, ohne letztes Gericht, unendlich weitergehend« (Schmitt 1991, 19 f.).

Draußen schüttelt man den Kopf, im Innern verlangen Vordenker Seriosität und erkunden Strategien. Für neue Ideen sei die Bewegung noch nicht reif, diagnostiziert Slavoj Žižek: »Vor uns«, verkündet er, »liegt noch ein langer Weg, wir werden uns schon bald den wirklich schwierigen Fragen stellen müssen«; bis dahin gelte es, sich das Schweigen nicht nehmen zu lassen (Žižek 2011, 68), weil jedes Reden vom Gegner anektiert und entweder ›verdaut‹ oder verdammt werde. Was freilich nichts daran ändert, dass falsche Freunde das Schweigen seiner Vieldeutigkeit wegen beliebig ausdeuten und -beuten, sprich: in *voice* zurückverwandeln können. Selbst Regierende sind auf diesem Weg zu Protestanten geworden.

Anders gesagt: Das Schweigen bleibt so lange im ›System‹, wie keine passenden Worte gefunden werden. Auguren wie Žižek, im Besitz des Wissens, was sich der Weltgeist an dieser Epochenschwelle fragen sollte,

haben sich denn auch sofort gemeldet und dafür gesorgt, dass niemand nach den falschen Antworten sucht. Darum und um sonst nichts sollte es in erster Linie gehen: »Welche Gesellschaftsordnung kann den bestehenden Kapitalismus ablösen? Wie müssen unsere neuen Führer aussehen? Welche Organe, einschließlich derer zur Kontrolle und Repression, brauchen wir?« (Žižek 2011, 68) Es reicht eben doch nicht aus, Wall Street einfach schweigend zu besetzen. Dass den Aktivisten genau dies nicht klar genug sein könnte und sie anfangen würden, ihre Präsenz als solche zu genießen, war eine andere Sorge jener, die in großen Zusammenhängen zu denken sich angewöhnt hatten: »Karnevalsfeiern sind billig zu haben – entscheidend ist aber«, ermahnt der Hirte seine Schafe, »was am Morgen danach noch davon übrig ist, ob und wie sich unser Alltag verändern wird.« (Žižek 2011, 68) Das Risiko ist immerhin richtig beschrieben: Sind im ›brabbelnden‹ Stadium der Bewegung Inhalte aus taktischen Gründen tabu oder fürs Führungspersonal reserviert, dann beschäftigen sich die ›Kinder‹ mit Kindereien – Happenings (»menschliches Mikrophon«, Gebärdensprache, »Asemblea«) dringen ins Vakuum, den Bewegten beginnt politisch drapiertes Amüsement zu gefallen, die Mission gerät aus dem Blickfeld.

Andere Bewegungs-Heilige haben dem jedoch entgegengehalten, das karnevalistische Moment sei in Wahrheit ein »anarchistisches Element« (David Graeber), die gute Seele des *Occupy*-Betriebs und der ernste Grund für den überraschenden Zulauf: »Jahrzehntelang«, rekapituliert David Graeber, »hatten wir in der anarchistischen Bewegung unsere ganze Energie auf die Entwicklung von Formen egalitären politischen Handelns verwandt, die auch wirklich funktionieren, auf Formen direkter Demokratie in selbstverwalteten Gemeinschaften außerhalb des Staates.« (Graeber 2012, 78) Übung macht den Meister, sagt man: »Was diese Arbeit wichtig und lohnenswert macht, sind die Gemeinschaft, die Gegenseitigkeit, die Talente und Fähigkeiten, die sie zum Leben erweckt, und die moralischen Werte, die sie verkörpert.« (Sarah Leonhard, Michael Walzer zitierend, in: Blumenkranz u. a. 2011, 25) Eine Bewegung darf also zum Selbstzweck werden, sofern ihre Motive und Werte stimmen. Der Weg ist einmal mehr das Ziel – und die Ankunft eine Tragik, weil es mit dem schönen Schwung dann ein Ende haben muss. Was wäre Žižeks Regime anderes als eine Entmachtung der Vielen mit anderen Mitteln und besserem Gewissen?

Eine gewisse Ratlosigkeit ist unübersehbar. Wahlen, das A und O demokratischer Willensbildung, haben für »Occupisten« ihren Glanz verloren. Mit ihrer Hilfe lässt sich weder der richtige Wille (Žižek) noch der Wille richtig (Graeber) bilden. Wahlverfahren (Graeber) und Wahlverhalten (Žižek) sind falsch – die Stimme des Volkes (*voice*), so könnte man sagen, ist »positivistisch halbiert«, kaut nur wieder, was ist, und verschweigt, dass alles auch ganz anders sein könnte. Wenn aber jeder reden und alles gesagt werden darf (*noise*), bewegt sich vor lauter Öffnung auch nichts. Es gibt keine Alternativen, zwischen denen man wählen kann, und klar ist nicht einmal, wie Wählen gehen soll, wenn nicht das allgemeine, freie, geheime und banale Ankreuzen praktiziert wird. Weil Entscheidungen einen Rahmen brauchen, kommen unter den gegebenen Umständen eben keine zustande, und Entschuldigungen drängen sich nach vorne: »Neun Tage sind kein Pappentier. Viele Leute beschwerten sich, dass die Besetzer« – immer noch – »kein Programm haben, aber jede echte beratende Versammlung braucht ihre Zeit« (Mark Greif in: Blumenkranz u. a. 2011, 13). Rat kommt nicht ohne Zeit und braucht daher Geduld. So macht man sich Mut. Oder auch so: »Ich finde es aufregend, dass empörte Menschen überall in der Welt den öffentlichen Raum zurückfordern, als Symbol für ihr Elend, aber auch als praktisches Instrument, um sich untereinander zu organisieren.« (Eli Schmitt in: Blumenkranz u. a. 2011, 14) Was dem Geist vor Ort an Mobilität fehlt, kompensiert er auf der Welt durch Masse. Wer am Ende keine Hoffnung mehr hat und sie dennoch nicht aufgeben will, der setzt einfach Zeit mit Bewegung gleich: »Es ist großartig, dass die Demonstranten die Besetzung jetzt schon über eine Woche aufrecht erhalten haben.« (Ebd.)

Wen wundert es da, dass sich ein »schlechter« Protest im »guten« entwickelt, absondert und am Ende triumphiert: der geschmähte Karneval, das Protest-Theater ohne Form, Maß, Ziel und Thema. Die Welt ändert sich im Kopf, wer ihn besitzt, kann sie »besetzen«, leicht fällt, was man sich leicht macht. Aber: Früher oder später geht es mit der Phantasie zur Neige, und guter Rat ist teuer: In »den mehr als 300 Tagen unseres Protestes hat sich«, war damals auf der Homepage des Frankfurter *Occupy*-Ablegers zu lesen, »trotz großer Zustimmung in der Bevölkerung zu wenig bewegt. Daher befindet sich die Bewegung in der Diskussion, wie der notwendige Protest fortgeführt werden kann« – in Arbeitskreisen, wie man das von anständigen Parteien kennt. »Zu wenig« Bewegung – damit muss sich wohl jede Bewegung am Ende abfinden. Derweil sind die An-

führer besserer Tage schon längst weitergezogen, um ihr mobiles Wissen auf anderen Schauplätzen feilzubieten, während die Überzeugungstäter damit beschäftigt sind, neue Spuren jenes »Magmas« dingfest zu machen, das überall hochkochen und jederzeit für Unruhe sorgen kann (Eichhorn 2014). *The kick never dies.*

8.2 IRRUNGEN, WIRRUNGEN

Man traut seinen Ohren und glaubt seinen Augen kaum: Was Amerikas Suche nach dem nächsten Präsidenten an den Tag gebracht hat, lässt einen daran zweifeln, dass Demokratien das Stadium der »Schwarminelligenz« erreicht haben. Bizarre Kandidaten treten auf, dumpfe Kalauer machen die Runde, skurrile Konzepte konkurrieren miteinander – alles im Kampf um Stimmung und Stimmen des Volkes, dessen Frustration mit »polierter« Politik dieses Narrenspiel antreibt, beschleunigt und überdreht. »The Will of the People is Crap«, resümiert ein Zeuge seinen Eindruck, verknüpft mit der Erinnerung daran, dass seit je her mit solchen Ausschlägen nicht nur zu rechnen war, sondern auch gerechnet wurde: »Der Wille des Volkes ist das, was unsere Gründungsväter als Herrschaft des Mobs verstanden haben und mit aller Macht begrenzen wollten.« (Erickson 2016) Was einerseits stimmt, andererseits verschweigt, dass es so schlimm schon seit ewigen Zeiten nicht mehr war: »Niemand von uns hat jemals etwas derartiges erlebt.« (Tomasky 2016) Warum nicht? Weil der moderne Mensch sich dadurch auszeichnet, dass er seinem Interesse folgt und seine Emotionen (»passions«) im Griff hat (Hirschman 1987). Geld regiert die Welt, nicht Gier – oder neuerdings Wut. Wut auf »Washington«, das ganze »System« und seinen regierenden Klüngel. Egal, was es kostet.

Es könnte die Empörten teuer zu stehen kommen. »Mississippi Goes for the Money« (Collins 2014): So lautet das beruhigende Fazit eines risikanten Flirts mit dem Fanatismus. Lange sah es nämlich danach aus, als wollten die Einwohner dieses Landstrichs dem Interesse den Laufpass geben und einem Politiker hinterherlaufen, der ihre Heimat ins Armenhaus gebracht hätte. Sein Vorschlag: Man solle auf Finanzhilfen aus Washington, dem Sitz des Bösen, glattweg verzichten. Mississippi, ein Fanal – besonders deshalb, weil dorthin (relativ) mehr Subventionen fließen als in jede andere Ecke Amerikas und fast die Hälfte des staatlichen Budgets

ausmachen.² Das Projekt stieß auf Gegenliebe, eine Zeit lang konnte man den Eindruck gewinnen, den Leuten wären »Kanonen« wichtiger als »Butter«.

»Going for the money« ist gesunder Menschenverstand, inzwischen auch wieder in Mississippi. Die Verrücktheit hatte keinen Bestand, andererseits war sie mehr als ein lokaler Aussetzer. Amerika scheint am Ekel vor »der Politik« neuerdings Gefallen zu finden und hat dafür sogar eine eigene Organisation gegründet, welche für sich in Anspruch nimmt, den revolutionären Geist des »originalen« Volkes wieder aufleben zu lassen: die *Tea Party*.

Nicht von ungefähr hat man von ihr behauptet, sie veranstalte »die zweite amerikanische Revolution« (Meckler/Martin 2012) – als konsequente Vollendung jener ersten von 1773, in deren Gefolge aus englischen Kolonien die Vereinigten Staaten geworden sind. Was den Grad der Empörung angeht, mag dies stimmen, doch der Grund war damals tatsächlich das liebe Geld (»no taxation«) – während es dem Protest heute, abzulesen an seinen Parolen, Plakaten und Pamphleten, hauptsächlich darum geht, missliebige Mitmenschen politisch zu entmachten (»no representation«). Auf den ersten Blick zumindest mobilisieren Emotionen mehr als Interessen. Man erlebt »den Ärger und das Ressentiment weißer, älterer Männer, die sich darüber empören, dass dieses Land nicht mehr »ihr« Land ist, weshalb auch ihr Status und ihre Autorität nicht mehr das sind, was sie einmal waren.« Schuld daran sind die Regierenden. Ihretwegen wimmelt es auf dem Heimatboden von *undesirables* – illegalen Immigranten und getrauten Schwulen, kinderversessenen Lesben und umgewandelten Geschlechtern. In »normalen« Augen »verschwimmen alle diese Erscheinungen zu einem einzigen Virus, der in jeder Institution dieser einst großen Nation steckt und sie von Tag zu Tag noch mehr zerstört« (Tomasky 2016). So bloggt und twittert sich die Wut durchs Land, bis in den hintersten Winkel. Um die Plagegeister loszuwerden, sind arme Schlucker sogar bereit, ihre Sorgen einem sprücheklopfenden Milliardär anzuvertrauen.

Die kleinkarierte Angst vor dem und der rassistische Hass auf das Fremde streuen einerseits, andererseits treffen ihre »Strahlen« punktgenau den Präsidenten. In ihm vermutet man einen Fremdgläubigen, dem

2 | www.wallethub.com/edu/states-most-least-dependent-on-the-federal-government/2700/#red-vs-blue

es gelungen sei, falsche Tatsachen vortäuschend das Machtzentrum an sich zu reißen: »54 Prozent aller Befragten, die der Republikanischen Partei nahe stehen, glauben, Obama sei ein Muslim. Weitere 32 Prozent sind sich ihrer Sache nicht sicher.«³ Bei diesen nackten Zahlen bleibt es aber nicht. Im »sozialen« Medienzirkus werden zusätzliche Defekte aufgedeckt und weitere Einzelheiten kolportiert. »Jedermann im Weißen Haus«, wird dort z. B. ausgestreut, wisse, dass Obama zusätzlich schwul sei; außerdem bietet man harte Fakten dafür an, wie weit dieser Fremdling seine Fremdheit treibt: In unbeobachteten Augenblicken könne er gar nicht schnell genug »seinen Anzug ablegen und in eine muslimische Tunika schlüpfen«. In diesem Aufzug bete er dann »den ganzen Tag über zum Propheten Mohammed«, wobei ihn niemand dabei stören dürfe.⁴

Millionen und Abermillionen »normaler« Bürger verlieren den Verstand, verstehen sich als Exorzisten, kultivieren fromme Wahnideen, versteifen sich auf hanebüchene Spekulationen und halten dies für die Stimme des Volkes – eine ausufernde Stimme, die unter der Hand das Problem erweitert und vertieft: Dem »Trojaner« im Präsidentenamt wird vorgeworfen, er verseuche zugleich Amerikas *religiöse* Identität (Johnston 2011). »Satan attacks on many fronts«, und Obama, sein Gehilfe, will sich da nicht lumpen lassen: »Wahre persönliche Freiheit und Verantwortung sind für ihn Fremdworte, und man kann davon ausgehen, dass er nicht versteht, dass die Rechte des Menschen von Gott, nicht der Regierung kommen.«⁵ Von seinesgleichen unterscheidet sich dieser Fremdling alleine dadurch, dass er qua Amt Macht hat, also Rechte zusprechen (»Obamacare«) oder wegnehmen (Waffenbesitz) kann, falls ihm niemand in den Arm fällt. Sobald sich *Government* und *God* auseinanderleben, geht es mit dem Land unaufhaltsam bergab: »Kultur« (Tomasky 2014) bezeichnet den Kriegsschauplatz und »Kulturkrieg« die Verteidigungsschlacht des Teils, der sich als Hüter eines besseren Amerika versteht.

Dem wahren Amerika war »Washington« aber schon vorher und aus ganz anderen Gründen ein Dorn im Auge: ausgerechnet des *Geldes* wegen, das derzeit überhaupt keine augenfällige Rolle spielt: »Income gap widens – Tea Party lights fuse for rebellion«. Zu dieser Zeit (2010) konnte

3 | www.teaparty.org/poll-54-republicans-believe-obama-muslim-116838/

4 | <http://newsexaminer.net/entertainment/secret-service-agent-says-obama-is-gay-muslim/>

5 | www.cis.org/mortensen/tea-party

man beides noch in einem Atemzug nennen (Packer 2013, 297). Damals wurde die Politik dafür kritisiert, dass sie auf Kosten des Steuerzahlers eine skrupellose Spekulantengruppe ungerührt entschuldigt habe: »Diese ganzen Rettungsaktionen und Prämienzahlungen – auf diese Weise haben uns die Regierenden unser Geld weggenommen, ohne dass wir jemals gefragt worden wären.« Soweit die gewohnte Stimme Amerikas (zit. in: *The Guardian*, 15.10.2010). Der Staat hätte den Dingen seinen Lauf lassen sollen, und alles wäre gut geworden oder wenigstens gerecht zugegangen. Daran haben viele Leute, gerade die kleinen, felsenfest geglaubt: »*Tea Party*-Mitglieder halten überhaupt nichts von der These, dass der Finanzsektor oder andere Industrien im öffentlichen Interesse reguliert werden müssten. Sie sind der Ansicht, die Marktkräfte würden, solange sie ungestört wirken können, jede Ungerechtigkeit aus der Welt schaffen.« (Skocpol/Williamson 2010, 57)

Man staunt: Ein Markt, der, sobald er sich selbst regulieren darf (Lehman Brothers), fast drei Billionen Dollar vernichtet (davon mehr als die Hälfte in den USA); ein Markt, dessen Banken sich selbst für derart kriminell halten, dass sie nichts mehr miteinander zu schaffen haben mögen; ein Markt, der zwischen vier und zehn Millionen amerikanischen Familien das Eigenheim gekostet hat – ein solcher Markt soll für »faire« Verhältnisse sorgen, derweil die »Regierung der Schurke ist« (*The Guardian*, 15.10.2010)? Weil sie, um das Debakel zu stoppen, bevor es in der Katastrophe endet, »systemrelevante« Spekulanten aus dem Sumpf gezogen hat? Im Grunde genommen hätte sich auch die *Tea Party* im Zuccotti-Park efinden müssen.

Dass es dazu nicht gekommen ist, hat auch damit zu tun, dass Geist und Geld am Ende doch eine Verbindung eingehen: Markteuphorie paart sich mit Fremdenhass. Der Kulturkampf erreicht, wie Beobachter herausgefunden haben, seinen Siedepunkt beim Angriff auf *illegale Einwanderer*, gegebenenfalls in Form einer Zwangsdeportation von elf Millionen Mexikanern: »Für *Tea Party*-Anhänger sind illegale Einwanderer das Paradebeispiel für Schmarotzer, die dem Staat auf der Tasche liegen.« Diese Leute »machen eher wenig aus der Gefahr, dass Immigranten den Einheimischen Jobs wegnehmen« – was kaum verwundert, da die Schreihälsen überwiegend zu den Besserverdienenden gehören. Ihre Hauptsorge gilt vielmehr der Aufblähung des Wohlfahrtsstaats, dessen Leistungspalette

sie bezahlen müssen, ohne selbst etwas davon zu haben.⁶ »Hurt the poor and help the rich« (Chait 2011) – auf dieses harsche Prinzip verständigen sich ganze Heerscharen zorniger Bürger, freilich unter dem Schutz der hehren Parole: »We need to take our country back.« (Skocpol/Williamson 2012, 7) Mit den Regierenden hat man abgeschlossen, deren Herrschaft muss gebrochen werden: *The Hunting of Leviathan* – ein Spieß- und Schildbürgerstreich einfältiger Leute, deren Phantasie nicht ausreicht, um ermessen zu können, was sie in den Händen halten würden, gäbe man ihnen das Land (»as we know it«) tatsächlich zurück.

Die Wut auf den »xenophilen« Sozialstaat, der angeblich sein Füllhorn über faule, manchmal auch gefährliche Fremde ausgießt, ist keine amerikanische Spezialität. Andere Länder profitieren indessen vom Cordon eines bürokratisch organisierten Parteienkartells, des sog. »staatstragenden« Lagers. Dass dieser Schutzwall aber zu bröckeln beginnt, lässt sich kaum übersehen – nicht hierzulande, seitdem der Populismus neben Parolen auch Parteien in die Welt setzt, und noch viel weniger links des Rheins, wo sich eine »nationale Front« anschickt, vielleicht sogar mehrheitsfähig zu werden.

8.3 NACH DER FARCE

»We need to take our country back« – das ist leichter gesagt als getan. Nicht nur deshalb, weil den Aktivisten, dem eigenen Empfinden nach, ein »Saustall« übergeben würde, sondern auch insofern, als sich ihre eigenen Vorstellungen aus einfachen und undeutlichen Skizzen ableiten, die eine steinalte Verfassung zur Verfügung stellt. Am Ende des Tages muss es wohl wieder einmal Gott richten: »God's blessing has been on America from the very beginning of this nation, and I believe God isn't done with America yet.« (Ted Cruz)⁷ Der dieses verkündet, wollte bekanntlich Präsident werden und hätte, wäre ihm Erfolg beschieden gewesen, das grundsätzliche Dilemma des Rückeroberungsprojekts vorführen müssen: dass Gott schon ein Wunder bewirken müsste, um seine Gemeinde mit Hilfe des Staates aus dem »System« herauszuführen.

6 | www.ontheissues.org/Celeb/Tea_Party_Immigration.htm

7 | www.brainyquote.com/quotes/authors/t/ted_cruz.html

Wer auf Gott nicht angewiesen sein will, muss an Hegels »Herosen« glauben. Sich als solchen auszugeben, gehört heute fast schon zum politischen Spiel, dort wenigstens, wo abgewirtschaftete Parteien ihr früheres Charisma verloren haben. Wenige können sich indes an den beiden messen, die über viele Jahre das Politik-Theater Frankreichs bereichert haben: Vater und Tochter Le Pen. Ihre Aufgabe ist um keinen Deut einfacher als jene des amerikanischen Gottes: Eine Partei des »Systems«, der *Front national* (FN), soll das »System« kippen. Dass daraus massive Komplikationen entstehen, leuchtet unmittelbar ein. Im Übrigen hat Hegel den Widerspruch bereits aufgelöst – freilich nach der »falschen« Seite hin: Heldentum erstickt im System. Heroen kann es nur in »ungebildeten« Verhältnissen geben, auf freier Wildbahn gewissermaßen. Sobald feste Institutionen dem gesellschaftlichen Leben Struktur und Funktion verleihen, werden extraordinäre Menschen weder geboren noch gebraucht (Hegel 1986, 180). Napoléon Bonaparte, den Hegel als »Weltgeist zu Pferde« bewundert hat, konnte daher reüssieren, wohingegen das Unterfangen des Neffen, ein halbes Jahrhundert später diesen Coup zu kopieren, gemessen am hohen Ideal zur bonapartistischen »Farce« verkommen ist (Marx 1972, 15). Was lässt das für den dritten Anlauf mit den Le Pens als Hauptdarstellern erwarten?

Man kann den Bonapartismus als perfektioniertes und pervertiertes Endstadium des Populismus verstehen: perfekt, weil an die Macht gekommen, pervers, weil nicht gegen den Staat das Land (zurück-)erobert wird, sondern umgekehrt der Staat erbeutet worden ist, um im Land andere Verhältnisse zu schaffen, soll heißen: Gewalt wird in Geschenke für die Gefolgschaft verwandelt (Priester 2007, 218 f.). Eine soziale Ersatzmonarchie, gewissermaßen. Soweit sind wir einstweilen noch nicht; andererseits ist eine programmatische Annäherung an den starken und schützenden Souverän schon jetzt kaum zu übersehen. Früher einmal hat Le Pen sen. die »Gestapo-Methoden« des (Steuer-)Staates angeprangert; einige Zeit später schien ihm ein Gleichgewicht des Schreckens zu herrschen: zwischen archaischem Staatssozialismus einerseits und globaler Ultra-Liberalität auf der anderen. Marine le Pen schließlich sollte die »réhabilitation de l'État« nochmals in großen Schritten vorantreiben: Wirtschaftslenkung, Finanzhoheit, Rückkehr zur nationalen Währung, Protektionismus und eine nationale Einheit gegen die Globalisierer stehen auf ihrem Programmzettel (Le Monde, 01.11.2011).

Dass man am Le Pen-Clan Gefallen findet, weil er mit dem (heutigen) Staat abrechnet und den (künftigen) Staat verkörpert, lässt sich an seiner Popularität ablesen. Gerade das Verlierermilieu wünscht diesen politischen Spagat: Anlässlich der jüngsten Regionalwahlen (Dezember 2015) haben 55 % aller Arbeiter dem FN ihre Stimme gegeben, während magere 15 % bei der Stange, sprich: den Sozialisten geblieben sind. ›Gemeine‹ Interessen können sich wohlbehütet fühlen: Rente mit sechzig, Verstaatlichung privater Unternehmen, Anhebung der Mindestlöhne, höhere Steuern für die Reichen, ein Ausbau des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen. Um »Land und Leute weiterzubringen, will der *Front national* den Staat als ›Speerspitze‹ benutzen« (Mäder 2016).

Der Geschenkkatalog bedenkt zwar nicht alle Franzosen, doch alle, die gut französisch sind, d. h. keine ›heimatlosen‹ Keime mit sich herumtragen: also *das Volk*. Dieses weiß, was es will, spricht mit einer Stimme und widerspricht sich nie – wenn trotzdem verschiedene Parteien auf dem Wählermarkt miteinander konkurrieren, dann nicht darum, weil Unterschiede repräsentiert werden müssten. Denn was sich unterscheidet, ist verworren oder verkommen. Weder gleichzeitig im Kampf um, noch nacheinander bei der Ausübung von Macht sind Alternativen gefragt. Demokratie ist Volksdemokratie oder ein Volksbetrug. Das Credo des Ahnen gilt weiter: »Es wird Zeit«, hat bereits Napoléon III seinen Landsleuten zugerufen, »dass inmitten der Parteien eine Nationalstimme sich erhebe.« Eben seine, neben der es keine weiteren mehr braucht (Schönhuth 1852, 43). Auch die vielgerühmte »kommunikative Leutseligkeit« (Michael Erbe) des kaiserlichen *homme du peuple* lebt in der bürgerlichen Kopie fort. Das ›Volk‹ soll heute wie damals mehr sein als ein Platzhalter innerhalb des politischen Spektrums. Volk ist auch der kleine Mann, mit dem man spricht, von Mensch zu Mensch: »Statt auf großen Parteikundgebungen sucht Marine Le Pen ihr Publikum auf Pariser Wochenmärkten und Plätzen. [...] Im kleinbürgerlichen XII. Pariser Arrondissement verbringt sie einen Vormittag mit Händeschütteln und Gesprächen.« (Mönninger 2004) Unter dem Strich: Man hat keine Partei vor sich, sondern eine Front, welche kein Programm vertritt, sondern die Nation.

Wie jede Herrschaft ist auch die bonapartistische eine Art Gesamtkunstwerk. Paternalismus und Populismus sind zwei seiner Kernelemente. In deren Gefolge kommt ein drittes zum Vorschein: das Plebiszit. Es fungiert als zentraler Mechanismus, der die Regierenden mit den Regier-

ten politisch kurzschließt: »In erster Linie beruht der Bonapartismus auf der plebiszitären Zustimmung zu seinem politischen Projekt.« (Rochedy 2013) Der erste Napoléon hat dieses Instrument eingeführt, dem dritten erschien es geeignet, seinen Staatsstreich zu legitimieren, und die Kaiserwürde ließ er sich auf dieselbe Weise beglaubigen. Auch für Le Pen sen. war das Plebiszit seit jeher ein probates Mittel, die entscheidungsfeindliche Gewaltenteilung auszuhebeln. Seine Tochter will da nicht zurückstehen: »Marine Le Pen tritt für eine plebiszitäre Demokratie ein, in bester bonapartistischer Tradition«, bei »allen Schicksalsthemen der Nation will sie das Volk direkt befragen.« Weshalb man mit Fug und Recht festhalten kann: »Le marinisme est une bonapartisme.« (Rochedy 2013) Wer auf das grandiose Plebiszit setzt, muss große Fragen stellen, »grands sujets qui engagent la destinée de la nation« (Rochedy), bei denen es am besten um alles geht, der »bewährte« Kurs ins Unglück führt und das Ruder herumgerissen werden kann, falls die Menschen ihrem Messias folgen: Zum Bonapartismus gehört letzters auch »ein *Kult des Willens*, der Glaube daran, dass eine Handvoll Leute, angeleitet von einem visionären Genie, den Gang der Geschichte entscheidend verändern kann« (Couturier 2014). Weil des Volkes Stimme eine Kinderstimme ist, darf sie nicht das Sagen haben, sondern nur antworten und nachbeten, möglichst unisono, mindestens mit »überwältigender« Deutlichkeit. Die Logik des Plebiszits.

Alles zusammen macht die »bonapartistische Versuchung« (Couturier) aus, der das französische Volk ausgesetzt ist. Im ersten Durchlauf hat man es, so schon Lorenz von Steins Beobachtung, schließlich hereingelegt. Allein, Lerneffekte scheinen auszubleiben, andernfalls hätte der FN kaum Karriere machen können: »la vision d'un empereur moderniste et soucieux du bien commun« – mit Blick auf das große Vorbild, Napoléon III, zum zeitgemäßen Regierungsstil hochgejubelt und dem ausgelauten Parteienbetrieb entgegengehalten (Bellon 2014) – übt immer noch ihren Reiz aus.

Nicht von ungefähr sind inzwischen besorgte Stimmen zu hören. Sie insistieren darauf, dass die kleinen Leute samt ihren Klagen respektiert werden müssten. Dazu bedürfe es mehr als mahnender Worte, guter Vorschläge, mitfühlender Gesten und »integrativer« Symbole. Den etablierten (Alt- resp. System-)Parteien wird angeraten, das abtrünnige Lager besser nicht pauschal zu »dämonisieren«, weil in seinen Reihen neben ausgewachsenen »Rechtsextremisten« zahlreiche Irläufer vertreten seien, deren weitere Reise auch »zurück auf Start« führen könne, falls ihre Sorgen

für bare Münze genommen würden (Geyer 2016). »Man muss mit den Leuten reden«, heißt die versöhnliche Devise. Worthelden möchten verhindern, dass der Wahnsinn Oberwasser bekommt. Genauer besehen ist das freilich ein deutsches Projekt.

In Frankreich kommen solche Versuche wohl zu spät, denn dort scheint sich der Spaltpilz so weit ins System hineingefressen zu haben, dass rhetorische Kapriolen und Konzessionen aus dem Schlamassel nicht mehr herausführen: Seine »gegenwärtige Krise erfasst nicht alleine die politische Mehrheit, sondern hat auch mit der politischen und sozialen Organisation zu tun. Eben deswegen schwindet das Vertrauen zwischen Bürgern und politischen Verantwortlichen mit jedem Jahr mehr.« Die Alternative, vor der sich Regierende in diesem Falle gestellt sehen könnten, lautet dann: »Bonapartisme ou Constituante« (Bellon 2014). Das Volk wird entweder anders *verfasst* oder neu *geführt*.

Bonapartismus oder Verfassungsreform – oder sind gar beide totgeborene Projekte? Wer Populisten wählt, tut es aus pauschaler Enttäuschung über den Status quo. Er hält die Demokratie für eine »bloße Fassade« (Pausch 2016) und hat wenig Grund, sich an deren Verschönerung zu beteiligen. Seine Endstation heißt *exit*, nicht *voice*. Vor dem genau umgekehrten Problem steht das populistische Lager – es müsste, da kein neuer Staatsstreich ansteht, Unterstützung (und Stimmen) aus Kreisen ohne Interesse am Ausstieg gewinnen. Welche Spannungen daraus erwachsen, ist daran ablesbar, dass der FN über viele Jahre hinweg von zwei »Körpern« repräsentiert worden ist: hier Jean Marie Le Pen, Bauer, Fischer, Soldat, bekennender Antisemit, lautstarker Fremdenfeind, verdeckter Rassist; dort seine Tochter Marine Le Pen, die Kleinbürgerin (»la petite bourgeoise«), darum bemüht, diesen »Stallgeruch« gegen ein eigenes Profil einzutauschen, das sie dem anständigen, auch ängstlichen Bürgertum näher bringt. Beide sind untrennbar verbunden – und unheilbar verfeindet. Keine Partei dieser Größenklasse hat jemals so viel »Doppelköpfigkeit« für so lange Zeit vor-exerziert.

Dahinter steckt freilich mehr als der erbitterte Streit in einer »verkleteten« Familie – diese Unverträglichkeit reflektiert weniger persönliche Querelen denn politische Spannungen. Sie resultieren aus dem komplizierten Innen-/Außenspiel, das die populistische Strategie charakterisiert, auf den Punkt gebracht in Marine Le Pens Politik der »Entteufelung« (*dédiabolisation*): »Der FN soll eine regierungsfähige Partei werden. Dazu bedarf es eines Bruches mit Jean-Marie Le Pen, was einige seiner

polemischen Positionen und Einstellungen angeht.«⁸ Ein Ritt mit dem Teufel ohne Teufel – nach der Farce kommt das absurde Theater. An Besucher gerichtet, die glauben, dieses Stück sei einfacher gestrickt als der komplizierte ›Plot‹ des bürgerlichen Trauerspiels.

8.4 STAATSJAGD

Anlässlich der »Panama-Papiere« – einem riesigen Aktenstoß, der dokumentiert, dass weltweit Tausende von Scheinfirmen in abgelegenen Steuer-oasen gegründet worden sind, meist mit dem Ziel, (Steuer-)Staaten an der Nase herumzuführen, sind die Wellen der Empörung über das schlechte Benehmen fiskalischer ›Weltenbummler‹ wieder einmal hochgeschlagen (Süddeutsche Zeitung, 06.04.2016). Es stehen viele einfache Leute, deren bescheidenes Einkommen um des allgemeinen Wohls willen steuerlich geschröpft wird, gegen eine kleine, aber wachsende Zahl reicher oder gar superreicher Hintermänner, die es mit Hilfe findiger Anwälte und serviler Banken verstehen, ihre Milliarden rund um den Globus zu schießen. Fliegt Luxemburg auf, versucht man es mit der Schweiz, wird dort das Klima rauer, werden die Vermögen den Cayman-Inseln anvertraut. Was daran trotz allem beruhigt: Dieses Kapital »flüchtet«, seine Anleger sind in der Defensive, verbergen sich in einer »Dunkel-Wirtschaft« (Süddeutsche Zeitung) und müssen, sobald aufgefliegen, staatliche Sanktionen gewärtigen. Souveräne zeichnen sich dadurch aus, dass sie über eine Eingreifreserve verfügen – egal wer es zu bunt treibt, muss mit Apparaten und Instrumenten rechnen (Ministerien, Aufsichtsbehörden, Finanzpolizisten, Staatsanwälte, Gerichten, Gefängnissen). Und mit Ergebnissen, die ihm nicht gefallen: »Unfähige politische Führer produzieren durch ihre falsche Politik massive Systemrisiken«, lamentiert stellvertretend Paul Singer, der milliardenschwere Hedgefonds-Manager, und hinterlässt dabei den Eindruck, als ob gegen staatliche Interventionen kein Kraut gewachsen sei (New York Times, 03.08.2011).

Tatsächlich ist die Sache verwickelter. Der Zufall will es, dass ausgerechnet ein Panama-Opfer vor Augen führt, wie leicht Regierende, wenn die Umstände danach sind, auch ›gelegt‹ werden können: »Mauricio Macri, 57, löste Ende vergangenen Jahres die umstrittene Präsidentin Cristi-

na Fernández de Kirchner ab – unter anderem mit dem Versprechen, sein von allen internationalen Finanzmärkten abgeschnittenes Land wieder zurück in den Kreis der vernünftig wirtschaftenden Nationen zu führen. Macri ist ein Unternehmer aus reichem Elternhaus, tritt als Saubermann und Versöhner auf. Er hat im Eiltempo den scheinbar unendlichen Streit Argentiniens mit US-amerikanischen Hedgefonds beigelegt, wofür ihm weltweiter Applaus zuteil wurde. Mit den Enthüllungen der Panama Papers droht nun sein mühsam aufgebautes Image Schaden zu nehmen.« (Süddeutsche Zeitung, 06.04.2016) Der Herr ist, abgesehen davon, dass er seine Amts-Aura verwirrschaftet, auffällig geworden, weil er in einem länglichen Streit seines Staates – mit jenem Paul Singer – kapituliert hat. Losgegangen ist die Geschichte damit, dass Argentinien praktisch zahlungsunfähig geworden war. Was bei Staaten eigentlich ausgeschlossen ist: »Die Insolvenzunfähigkeit des Souveräns prägt die Finanzverfassung aller Staaten. Staaten gehen nicht pleite!« Souveränität und Bankrott schließen sich aus, im Prinzip jedenfalls und unabhängig davon, dass Regenten immer mal wieder ihre Schulden nicht bezahlen konnten. Der Grund ist ganz einfach: Es »existiert keine übergeordnete Instanz, in deren Rahmen eine staatliche Insolvenz abgewickelt werden könnte: Staaten selbst sind die höchste Instanz und können als genuine Völkerrechtssubjekte keinem Insolvenzverfahren unterworfen sein. Außerdem genießen Staaten Bestandschutz« – so wie sie Besetzungen und Staatsstreiche überleben, so können ihnen auch Konkurse nichts anhaben. Anders gesagt: »Aufgrund ihrer Rechtsstellung und ihres Selbstzwecks als Souverän werden Staaten also nicht einem Unternehmen vergleichbar abgewickelt.« (Szodruich 2008, 21) *The King is never broke*.

Souverän ist, wer zahlen kann – auf diese Verengung würde der Vorschlag hinauslaufen, ein Insolvenzrecht für Staaten einzuführen, dessen ungeachtet, dass in diesem Fall keine regulären Gerichte tätig werden dürften, sondern z. B. ausgewählte »Staatsmänner« zu richten hätten. Einen Vorgesmack auf das, was dann »failing states« routinemäßig erwarten würde, liefern etliche Fälle von der Art des griechischen Staatsschulden-Debakels (2010 ff.): Abgesandte Funktionäre (EU, IWF etc.) zwingen Staaten zu Sparmaßnahmen, »die das soziale Gefüge gefährden und tief in das Leben von Millionen Menschen eingreifen« (Arte, 24.07.2015). Wie Konkursverwalter, die bankrotte Firmen sanieren sollen. Wenn Staaten einander derart gemein machen, muss sich niemand darüber wundern, dass gemeine Menschen sie in gleicher Weise behandeln und zu der »rohen Auffas-

sung« (Hegel) kommen, Hoheitsträger seien nichts anderes als Handelspartner, über deren Verhalten noch Höhere richten sollen. Das müssen nicht einmal eigens geschaffene Schiedsinstanzen sein, auch ganz normale Gerichte kommen in Frage – um die Nivellierung, ggf. auch Kriminalisierung an ihr logisches Ende zu bringen. Immer aber treten Tribunale in Erscheinung, die Staaten und Unternehmen als gleichberechtigte Parteien behandeln. Überschriften wie diese sprechen Bände: US-Gericht zwingt Argentinien in die Staatspleite, Argentinien will US-Gerichtsurteil mit Anleihtausch aushebeln, Argentinien startet Anzeigen-Kampagne gegen ›Geier-Fonds‹; schließlich, um die Symmetrie der Schlammschlacht auf einen Nenner zu bringen: »Duell der Erpresser« (Der Spiegel).

Nun haben Regenten, wenn es um Ressourcen geht, seit undenkbaren Zeiten Probleme damit, ihre Souveränität zu behaupten, im wirklichen Leben sowieso, doch auch die Dogmatik kommt da ins Gedränge. So erklärt Jean Bodin, ihr Begründer, einerseits: »Souveränität wird weder durch irgendeine Gewalt, noch durch menschliche Satzung, noch durch eine Frist begrenzt« – souverän ist demnach einer nur dann, wenn er »allein Gott als Größeren über sich anerkennt«. Darin eingeschlossen sei das Privileg, »auf keine Weise den Befehlen eines anderen unterworfen« zu sein oder sich an eigene Vorgaben halten zu müssen (Bodin 1982, 20 f.). Gleichwohl wird dem Souverän nur im äußersten Notfall zugestanden, privates Eigentum zu konfiszieren, weil »nämlich kein Fürst die Macht hat, seinem Volk nach Gutdünken Steuern aufzuerlegen oder den Besitz eines andern einzuziehen« (Bodin 1982, 31). Dem tastenden Schritt, den Abstand zwischen Regent und Regierten zu reduzieren, folgt die resolute Gleichschaltung, sobald Verträge ins Spiel kommen: »Ein Vertrag«, heißt es dann, »ist eine zweiseitige Angelegenheit zwischen Fürst und Untertan. Er verpflichtet beide Seiten wechselseitig.« (Bodin 1982, 28) Egal ob Bodin den Eigentümer oder das Eigentum schützen wollte, und einmal abgesehen davon, wer die Eigentumsverletzung ahnden würde – der Souverän sinkt in solchen Fragen zum Partner herab. Von da bis zum »Duell der Erpresser« ist es nicht mehr weit.

Als Schutzwall gegen souveräne Annexionsgelüste haben politische ›Hebelkräfte‹ indessen mehr bewirkt als die göttliche Supervision. Man erinnere sich an die Geldnöte Bayerns Wilhelm (den Frommen) – ihm wurde angetragen, die Aufstockung seiner Apanage mit der Religionsfreiheit zu bezahlen, ein Tauschangebot, das sich vor modernen Kuhhandel-Usancen keinesfalls verstecken muss. Das historische Paradeexem-

pel ist aber England, dessen Könige seit Johannis (»ohne Land«) Tagen finanzieller Nöte wegen Souveränitätseinbußen hinnehmen mussten. Doch ist den Engländern 1694 auch eine patente Lösung eingefallen, um der Staatskasse genügend Geld zuzuführen, ohne ihren königlichen Verwalter über Gebühr zu drangsaliieren: die »Bank von England«. Deren Ratio, dem Plädoyer des zeitgenössischen Aktienhändlers (!) Simon Clement entnommen, sah so aus: »Die Nation hat einen teuren Krieg geführt und nicht genügend Mittel besessen, um notwendige Schritte zu finanzieren.« Zunächst ging es tatsächlich in Richtung einer »argentinischen Lösung«: Die Regierung bezahlte mit Schuldverschreibungen, die von den Lieferanten mit deutlichem Verlust weiterverkauft worden sind. Deren Käufer vermochten hohe Gewinne zu realisieren, sobald sie in entspannteren Zeiten diese Papiere dem Schatzamt wieder vorlegen konnten. Was besorgte Beobachter als Fehlentwicklung eingestuft haben und korrigieren wollten: »Um diesem Übel abzuhelpen, schlagen gewisse Gentlemen vor, eine Bank zu errichten, die £ 1.200 000 Bargeld verleihen soll – zu einem Zinssatz, der deutlich unter dem liegen sollte, dessen sich die Schuldschein-Käufer erfreuen durften.« Was denn auch geschah, mit Hilfe einer Subskription und zur Zufriedenheit aller Beteiligten: »All which was performed to the mutual satisfaction of both the government and the subscribers.« (Clement 1707, 8 f.)

Eine königliche Bank und königliche Zinsen – soweit ist man dem Regenten damals entgegengekommen, um ihm die Zumutung zu ersparen, sich auf Geldmärkten mit »Erpressern« duellieren zu müssen. Nicht aus Mitleid ist das geschehen, sondern der Rason wegen: »Für jede Monarchie«, diese Einsicht Blackstones galt auch für Bankgeschäfte, »ist es unabdingbar, dass sich der Herrscher nicht alleine durch pompöse Äusserlichkeiten von seinen Untertanen absetzt.« Majestäten durften, um solche zu bleiben, weder der Tauschwelt noch dem Rechtsverkehr im selben Maße unterworfen sein wie ihre Untertanen.

Die Dezenz der Regierten und die Aura des Regenten – beides ist heute vom Erdboden verschwunden. In einer Zeit, da Nationen dem »rating« privater Organisationen (Standard & Poor's etc.) unterliegen, dürfen Souveräne keine spezielle Rücksicht erwarten. Argentinis Konflikt mit den Hedgefonds mag in mancher Hinsicht eigentümliche Verlaufslinien zeigen, doch als *Machtspiel* ohne Grenzen und Skrupel ist er symptomatisch. Anders als weitere – vergleichsbereite – Gläubiger wollte besagter Paul Singer das Spiel spielen, dem Staat Beine machen und ihn in die Knie

zwingen. Er hat den Souverän, diesen zumindest, wie einen renitenten Bankrotteur behandelt, dessen ganzes Trachten darauf abzielt, sich dem strengen Recht, nachdem es einmal gesprochen war, zu entziehen. Die Sache ist aus seiner Sicht ganz einfach: Verträge sind geschlossen worden und einzuhalten, das Gerichtsverfahren als ultima ratio wurde von allen Beteiligten akzeptiert. Dass der Staat aus fiskalischer Notwehr gehandelt hat, ändert an der Rechtslage nichts. Als Singers Prozessgegner tritt, so betrachtet, eine juristische Person namens »Staat« auf, deren »great and transcendent nature« (Blackstone) sich so weit abgenutzt hat, dass sie den ordinären Schuldnerstatus keinen Augenblick lang transzendieren kann. Gleichwohl: Üblich sind in solchen Fällen Kompromisse. Singer weicht davon ab, weil ihm das Unübliche, der Gerichtsprozess, entgegenkommt. Sieht er sich doch auf einem Kreuzzug nicht alleine gegen diesen oder irgendeinen anderen Staat, sondern gegen die Souveränität als Prinzip, soll heißen: den Anspruch, im Namen höheren (als des bürgerlichen) Rechts Marktgesetze nach eigenem Gutdünken zu beugen. Solange sich staatliche Arroganz für Singer rechnet und ihre Sünden (Verschuldung) als Segen (Schuldverschreibung) ankommen, nimmt er sie allerdings hin.

Wie tief diese Staatsfeindschaft reicht, zeigt sich spätestens dann, wenn sie nicht »Schurken« trifft, sondern Regierende belästigt, deren einziges Vergehen darin besteht, zu tun, was ihr »Job« ist: das Regieren. Wie im Falle des deutschen Atomausstiegs, der, ginge es nach dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall, den Steuerzahler teuer zu stehen kommen würde: 4,7 Milliarden Euro als Entschädigung für die Stilllegung seiner Atomkraftwerke (Süddeutsche Zeitung, 15.10.2014). Regieren als geschäftsschädigendes Verhalten, welches bestraft zu werden verdient. Die deutsche Regierung will ihre Energiepolitik ändern und soll Vattenfall für dadurch entgangene Gewinne entschädigen; Philip Morris (»Marlboro«) attackiert Uruguays strenge Rauchergesetze, seine Schadenersatzforderungen für diese »indirekte Enteignung« belaufen sich auf vier Milliarden Dollar; Chevron verklagt Ecuador, weil das Unternehmen für alte Umweltschäden aufkommen soll etc. pp. »Wie Konzerne Staaten vor sich hertreiben« (Die Zeit, 27.03.2014) – das kann man seit einiger Zeit lernen und dabei auch beobachten, wie Souveräne sich gemein machen (müssen): taktieren, schwächen, verhandeln, prozessieren. Politik, kurz gesagt, gibt nichts mehr vor, sie spielt mit.

8.5 GELÄCHTER, GEZETER

Regierende haben es schwer, sobald sie sich irgendwo »einmischen«, weil ihre Gegenüber meist schon länger da sind und mehr von der Sache verstehen. Deshalb ist es keineswegs automatisch so, dass Anstand ihnen Achtung verschafft. Im Gegenteil, gerade wenn aufrechte Politiker wie treue Buchhalter oder solide Kassenwarte auftreten, deren höchstes Ziel es ist, »schwarze Nullen« zu schreiben, kann es schon einmal passieren, dass hämische Geldvirtuosen sich einen Jux aus ihrem Biedersinn machen.

Zum Beispiel Banker wie jene Iren, deren Dialog heimlich aufgezeichnet wurde und, kaum dass ihn die Sonne an den Tag gebracht hatte, für allgemeine Entrüstung gesorgt hat. Denn sichtbar geworden ist ein wahrer Abgrund an Politikverachtung: »Trotz der verheerenden Folgen ihrer Pleitewirtschaft scheinen die Topmanager bei der Anglo Irish Bank im Jahr 2008 nicht an Gewissensbissen gelitten zu haben: Er habe dem Staat einen Kapitalbedarf von sieben Mrd. Euro genannt, sagte der Leiter des Kapitalmarktgeschäfts der Bank, John Bowe, einem Kollegen. Diese Summe sei frei erfunden, er habe sie sich »aus dem Arsch« gezogen, prahlte Bowe in einem mitgeschnittenen Telefongespräch mit seinem Kollegen David Drumm. Tatsächlich war schon kurze Zeit später klar: Der Kapitalbedarf war weitaus größer. Drumm kann dagegen bei dem Gedanken daran, dass das Institut der Zentralbank versprochen hat, einen Überbrückungskredit sobald wie möglich wieder zurückzuzahlen, vor Lachen kaum an sich halten: »Ich muss gleich die Unterwäsche wechseln!« Auch dass die Regulierer fürchten, das Bankhaus könne die Staatsgarantie missbrauchen, ist ein echter Brüller – denn genau das haben die beiden vor: »Wir werden natürlich nichts evident Rechtswidriges tun, aber [...] wir müssen das Scheißgeld reinbekommen«, meint Drumm zu Bowe. Für die deutschen Großinvestoren, die ihr vom Institut dringend benötigtes Geld nach der Staatsgarantie bei der Anglo Irish Bank anlegen wollten, haben Drumm und Bowe nichts als Verachtung übrig: »Deutschland, Deutschland über alles«, fängt Bowe bei dem Gedanken an die »Scheißdeutschen« zu singen an.« (n-tv, 26.06.2013) Die Herren Banker kugeln sich vor Lachen. *Laughing at Leviathan*.

Bedingungen der Möglichkeit solcher »exterritorialen« Spaßvögel? Man tut jedenfalls gut daran, ihre Ergüsse nicht vorschnell als pubertäre oder vulgäre Ausrutscher abzutun, Indizien für eine missratene Mentalität, aber kein Ausfluss des Milieus. Derartige Witzbolde sind lange genug

zivilisiert worden, um mehr als nur sich selbst auszudrücken. Der Blick hinter die Kulissen lehrt, dass diese Spezialkultur von Charakteren geprägt wird, deren Verantwortungskurve mit zunehmender Verweildauer gegen Null tendiert: »Dass solche Typen bei Reformen die Führung übernehmen oder bei Missständen Alarm schlagen, kann man getrost vergessen.« (Luyendijk 2015, Pos. 2378) Was hier durchscheint, ist der Exit einer asozialen Profession, deren Position es gestattet, ja nahelegt, Schuldgefühle konsequent abzutöten. Moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften kennen – man denke zurück an Thomas Wilsons Wucherlizenz – keine »Sünde«, wenn Handlungen alleine das Geld und nicht (auch) Gott betreffen. Warum sollte jemand beichten müssen, dass er eine Bundesregierung (den Währungsfonds, die EU-Kommission etc.) an der Nase herumgeführt hat? Regierende flößen nur so viel Respekt ein, wie sie sich selbst beschaffen.

Dass in einem Staat, dessen Wirtschaftselite systemrelevanten Zynismus zelebriert, etwas faul ist, haben auch manche »Borderline-Figuren« gesehen. Schon 2009 hat Stephen Green, seines Zeichens Vorsitzender des britischen Bankenverbands, darauf insistiert, dass man den Menschen im Banker mit Moral eindecken müsse: »Ein besseres Risikomanagement, eine bessere Regulierung, klare Verantwortlichkeiten in den Führungsgremien, all dies ist notwendig. Doch es kann eine Kultur der Werte nicht ersetzen. Als Privatpersonen richten wir unser Verhalten nicht nur an dem aus, was das Recht oder die Aufsicht zulässt. Wir halten uns an unseren eigenen Verhaltenskodex. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Handlungen. Eine Kultur der Werte« sei »die *Conditio sine qua non* für die Wiederherstellung des Vertrauens in den Markt – und damit das Wohlergehen der Gesellschaft.« (Die Zeit, 04.09.2009) Selbst wenn ein derartiges Unterfangen Aussicht auf Erfolg gehabt hätte (wofür nach einigen Probejahren bekanntlich nichts spricht), wäre für den guten Ruf der Regierenden kaum etwas abgefallen. Ganz im Gegenteil, spricht aus ihm doch die Überzeugung, dass sie auf diesem Terrain schlechterdings nichts verloren haben, weil der *Markt* seine Autorität regenerieren müsse. Überspringt das Argument dessen Grenzen tatsächlich einmal, dann lässt es den Souverän mit schöner Regelmäßigkeit aus – er bleibt eine Leerstelle zwischen Mensch und Welt: »Viele Banken«, heißt es, formuliert von anderen Aufsehern (dem »G 30«-Gremium), betrachten Kunden »zunehmend als Gegenspieler und Spielmasse. Auch nutzten sie ihren Informationsvorsprung gegenüber Bürgern und Unternehmen,

um Geschäfte zu deren Lasten und zum eigenen Nutzen zu tätigen. Und schließlich schufen sie aus bloßer Profitgier Produkte, deren Risiken am Ende niemand mehr durchblickte und deren ungebremste Verbreitung sich als fatal für das Weltfinanzsystem erwies.« (Süddeutsche Zeitung, 30.07.2015)

Wenn sich der Staat in dieses Denken überhaupt einschleichen kann, dann nur negativ: Man nimmt ihn als Bedrohung war – und teilt ihm, sobald er Anstalten machen könnte, den Augiasstall auszumisten, vorsorglich mit, die Aufgabenerledigung sei bereits auf dem besten Weg: »Die Banken müssen nach der Finanzkrise das Vertrauen der Gesellschaft wieder zurückgewinnen. Das betrifft die Deutsche Bank genauso wie die gesamte Branche. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bei dem unabdingbaren Wandel in der Branche eine Vorreiterrolle zu übernehmen: Der Kulturwandel war somit ein ganz wesentlicher Fokus unserer Strategie 2015+ und die Unternehmenskultur bleibt wesentlicher Bestandteil unserer Strategie 2020. Das Senior Management trat dazu seit 2012 in einen umfassenden Dialog mit Mitarbeitern und Führungskräften ein. Ein zentraler Schritt: die Einstellungen und Ziele unserer Mitarbeiter mit den Bedürfnissen unserer Kunden und der Gesamtwirtschaft in Einklang zu bringen.«⁹ Offenbar sind die »Verantwortlichen« ins Schwitzen und Schwätzen gekommen – aber so ungleichgewichtig, dass sie inzwischen schon wieder geschasst werden mussten.

Die Kehrseite des Gelächters und der Verachtung ist eine genauso selbstsichere Wehleidigkeit, erneut am deutlichsten dort zu spüren, wo es am wenigsten Grund dazu gibt. Steinreiche Spekulanten zetern, sie würden politisch verfolgt und womöglich physisch ausgerottet. »Ich möchte«, klagt einer von ihnen, »die Aufmerksamkeit auf eine Parallele lenken: zwischen einerseits dem faschistischen Nazi-Deutschland und seinem Krieg gegen das »eine Prozent«, nämlich die Juden, und, auf der anderen Seite, dem Krieg der Progressiven gegen Amerikas »eines Prozent« – worunter er seinen Menschenschlag, die Reichen, fasst. »Von der Occupy-Bewegung bis hin zur Dämonisierung der Reichen«, so geht das Lamento weiter, sei eine »Flut des Hasses« auf die Erfolgreichen zu beobachten – mit dem Potenzial, eine neue »Kristallnacht« auszulösen (Perkins 2014). Der »klagende Krösus« (Surowiecki 2014) ist kein Einzelfall, gleich ihm machen sich andere lautstark Sorgen um ihr sorgenfreies Leben, und von

einer hohen Dunkelziffer des Leidens kann man ausgehen, schon darum, weil sich das Sprachrohr der Opferklasse den Alarmruf zu eigen macht (Wall Street Journal, 28.01.2014).

Den Reichen reicht's. Es sei denn, der Klagelaut wäre ihr normaler Tonfall geworden – nach Jahren, in denen sie, überraschend oder nicht, ganz anders drauf gewesen sind: »Da haben Wirtschaftsführer eine wichtige Rolle gespielt, wenn es darum gegangen ist, pragmatische und ausgewogene Lösungen für die Probleme der Nation zu finden.« (Mizruchi 2013) Gemeint sind die drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals standen diese Leute noch nicht wie ein Mann hinter den Republikanern, geschweige denn dass sie sich an die Spitze populistischer ›Staatsfeinde‹ gesetzt haben (von denen es damals auch schon welche gab). Stattdessen hat man Dinge befürwortet, die heute als Teufelszeug gelten: »Vollbeschäftigung, höhere Staatsausgaben für Erziehung und universitäre Forschung, eine allgemeine Krankenversicherung und vielfältige Steuererhöhungen, darunter auch Sonderabgaben für Großkonzerne.« (Mizruchi 2013) Die Differenz erklärt sich weniger daraus, dass das Fell der Reichen vielleicht dünner geworden ist; den Ausschlag hat etwas anderes gegeben: Heute können sie es sich *leisten*, als gefährdete Art zu paradien, weil ihnen niemand, auch keine Regierung, mehr Vernunft beibringen und Verantwortung abringen kann: »Wenn diese Nörgelfritzen derzeit mehr mit dem Zustand ihrer Egos als mit dem der Nation befasst sind, dann liegt das auch daran, dass ihr eigenes Schicksal heute nicht mehr so eng mit der allgemeinen Lage verbunden ist, wie das früher einmal der Fall war.« (Surowiecki 2014) So weit hat die Globalisierung diese Bande inzwischen gelockert, dass im eigenen Land nur noch das Herz schwer wird. Einen anderen Grund zur Klage haben sie nicht.

Beide Reaktionen, Gelächter und Gezeter, reflektieren Distanzierungslaunen, die sich auch deshalb ungehindert ausbreiten können, weil ihre privilegierte Infrastruktur der Laune freien Lauf lässt. Wohnen, Mobilität, Ausbildung, Freizeit: alles passiert immer ›woanders‹ – in abgeschiedenen Villen, bewachten Wohnanlagen, privaten Schulen, elitären Universitäten, exklusiven Golfclubs, fernen Steueroasen, mobilen Aktienpaketen, virtuellen Vermögenswerten. Für den inneren Zirkel ist das »ganze System der westlichen Welt« im Prinzip irrelevant. Seine Mitglieder können »sich freikaufen. Diese Leute brauchen nicht einmal einen Ausweis, um international zu reisen. Sie haben Privatflugzeuge, keine Passkontrolle, keine Gepäckkontrolle, sie gehen, wohin sie wollen, wann

sie wollen« und finden (fast) immer »einen Weg, Gesetze zu umgehen.« (Harrington 2016)

Unter dem Strich: eine Sonderwelt der steinreichen Selbstsegregation und ein »gezinktes Spiel« (Reich 2012), das für die restliche Menschheit dermaßen weit weg ist, dass sie sich angewöhnt hat, diese exotische Szenerie so andächtig zu beglotzen wie früher einmal französische Bauern das Versailler Königsschloss an Tagen der offenen Tür: »*Secret Lives of the Super Rich* schließt Dir die Eingangstore der Villen auf und ermöglicht Dir den ultimativen VIP-Zugang zu einer exklusiven Welt der unvorstellbaren Extravaganz und des unermesslichen Reichtums. Diese Serie zeigt dem Zuschauer nicht alleine atemberaubende Preisschilder, schlossähnliche Landhäuser und funkelnde Luxuslimousinen; sie präsentiert auch einige der weltweit reichsten Leute, enthüllt den nimmersatten Appetit nach dem Besten des Besten und verrät das Geheimnis ihres sensationellen Erfolgs.« (CNBC)¹⁰

10 | www.cnbc.com/live-tv/secret-lives-of-the-super-rich